Andere Behörden und Körperschaften

Öffentliche Bekanntmachung des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain

1. Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 – Regionalplan Südhessen/Regionaler Flächennutzungsplan 2010 – Einleitung des Verfahrens und Durchführung der frühzeitigen Beteiligung –

Auf Grundlage des Artikels 1 des „Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Entscheidungsfähigkeit und zur Verschiebung der Bürgermeisterwahlen“ vom 24. März 2020 hat der Haupt- und Finanzausschuss der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain entsprechend § 51a Abs. 1 Satz 3 HGO am 9. April 2020 beschlossen:

Gemäß § 2 Abs. 1 und § 205 des Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG) vom 8. März 2011 (GVBl. I S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2018 (GVBl. S. 387) wird das Verfahren zur

1. Änderung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 – Regionalplan Südhessen/Regionaler Flächennutzungsplan 2010

eingeleitet.

Es wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, dass der Regionalverband FrankfurtRheinMain für das oben genannte Verfahren in der Zeit vom

5. Mai 2020 bis 12. Juni 2020

eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchführt.

Gegenstand der 1. Änderung ist die Beplanung derjenigen Räume des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019, für die bislang keine Festlegungen getroffen wurden (sog. Weißflächen). Dem Vorentwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien werden dabei grundsätzlich diejenigen Festlegungen zugrunde gelegt, die sich aus der Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der zweiten Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der in ihren Belangen berührten Behörden ergeben haben. Die bisherigen „Weißflächen“ werden entweder dem Abschlussraum zugeordnet oder als Vorranggebiet zur Nutzung der Windenergie festgelegt.

Der Regionalvorstand wird beauftragt, das weitere Verfahren, insbesondere die Abstimmung nach § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 BauGB, sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Aufgrund der Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung des SARS Co-2-Virus („Corona“) findet die öffentliche Unterrichtung und Erörterung, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke dieser Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen und ihre voraussichtlichen Auswirkungen dargelegt werden und der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird, durch telefonische Beratung (Tel.: 069/2577-1594 oder -1555) oder Anfragen per E-Mail an die E-Mailadresse beteiligung@region-frankfurt.de statt. Persönliche Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain kann zu folgenden Zeiten erfolgen: Montag, Mittwoch und Freitag, jeweils von 8:00 bis 15:00 Uhr. Um sicherzustellen, dass die Einsichtnahme der Planunterlagen unter den zu beachtenden Hygienevorschriften möglich ist, wird um eine vorherige telefonische Terminvereinbarung gebeten.

Darüber hinaus wird ausdrücklich auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Verfahrensunterlagen im Internet verwiesen.

Die Verfahrensunterlagen können auf unserer Homepage: www.region-frankfurt.de/erneuerbareenergien eingesehen werden.

Die elektronisch bereitgestellten Beteiligungsunterlagen sind vom Regionalverband sorgfältig zusammengestellt. Eine Haftung für eventuelle Fehler – insbesondere der elektronischen Verfälschung – kann gleichwohl nicht übernommen werden. Maßgeblich sind die in der Geschäftsstelle des Regionalverbandes zur Einsichtnahme bereit gehaltenen Beteiligungsunterlagen.

Stellungnahmen können textlich an den Regionalverband FrankfurtRheinMain, Poststraße 16, 60329 Frankfurt am Main oder elektronisch unter beteiligung@region-frankfurt.de gerichtet werden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, eine Stellungnahme auch fernmündlich zu Protokoll zu geben (Tel.: 069/2577-1594 oder -1555).

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 UmwRG gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Nach Ablauf der Auslegungsfrist abgegebene Stellungnahmen können unberücksichtigt bleiben.

Frankfurt am Main, den 9. April 2020

Regionalverband FrankfurtRheinMain
gez. Thomas Horn
Verbandsdirektor